

Jahresbericht der UEL

# Mehr Selektivität wagen

Arbeitgeberverband plädiert für neue Gewichtung der Sozialleistungen

VON JOELLE MERGES

**Um sich über die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu unterhalten, hatte die UEL (Union des entreprises luxembourgeoises) gestern die Presse in die Handelskammer auf Kirchberg geladen. Seine Diagnose der nationalen Kompetitivität hatte der Arbeitgeberverband anhand von 23 Indikatoren aufgeschlüsselt, die mal ermutigend, mal eher skeptisch interpretiert wurden.**

Zuversichtlich stimmten den UEL-Präsidenten Michel Wurth unter anderem die geringe Staatsverschuldung, die günstige Entwicklung der öffentlichen Finanzen sowie die dynamische Binnenbeschäftigung. Das Sorgenkind der Unternehmer bleibt aber die Inflation. Nicht nur, dass die Teuerungsrate derzeit so hoch ist wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Unbehagen bereitet den Arbeitgebern vor allem die Feststellung, dass die Inflation hierzulande rasanter zulegt, als dies in den drei Nachbarländern der Fall ist.

Kommt zu der ungünstigen Preisentwicklung noch der Index hinzu, entsteht nach Ansicht von Michel Wurth ein Teufelskreis aus steigenden Kosten und hohen Preisen, der den Arbeitgebern „Kummer“ bereitet. Für die nationale Wettbewerbsfähigkeit ist daher eine Anpassung des Index-Mechanismus über das Jahr 2009 hinaus unabdingbar, unterstrich der Vorsitzende des Unternehmerverbands. Der Unternehmerverband bleibt also bei seiner Forderung nach einer maximalen Indexbranche von anderthalb sozialem Mindestlohn.

Ganz auf die automatische Lohnanpassung an die Preisentwicklung verzichten will auch die UEL nicht. Denn besonders Geringverdiener müssten vor dem Verlust der Kaufkraft geschützt werden, betonte UEL-Präsident Wurth. Über alles andere wollen die Arbeitgeber verhandeln. Auch wenn man sich bewusst sei, dass man in Vorwahlzeiten mit der Forderung nach einer wie auch immer gearteten Anpassung des Index-Automatismus nicht unbedingt viele neue Freunde hinzugewinnt. Was auch auf die politischen Parteien zutrifft, von denen sich Wurth kaum Rücken-

deckung für die UEL-Wünsche erwartet.

## Krankfeiern: Zweifel an angekündigten Kontrollen

Der Kampf gegen die Inflation war ein Thema im Tripartite-Abkommen von April 2006. Ein anderer Schwerpunkt war das Einheitsstatut, das vergangene Woche die parlamentarische Hürde schaffte. Und mit dem sich die Arbeitgeber bedingt zufriedengeben. Immerhin sei der Patronatsforderung nach der Kostenneutralität weitgehend Rechnung getragen worden, räumte Michel Wurth ein. Darüber hinaus mache das einheitliche Statut im Privatsektor nur Sinn, wenn es die Wirtschaft modernisiert. Das heißt, wenn das Fernbleiben vom Arbeitsplatz eingedämmt werde. Auch wenn eine Mutuelle vor Risiken durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall schützen soll: Weil diese Rückversicherung zum Teil durch den Staat getragen werde, stehe letzten Endes die gesamte Wirtschaft für Ausfälle durch übertriebenes Krankfeiern gerade.

Womit die UEL mitnichten zur Hetzjagd gegen kranke Arbeitnehmer aufrufen will. Und auch das Ihre beitragen will, um das Problem der Krankmeldungen in den Griff zu bekommen. Zum Beispiel, indem die Bemühungen zur Vermeidung von Arbeits- und Wegeunfällen fortgesetzt werden. Und indem Aufklärungskampagnen über Gesundheitsrisiken in den Unternehmen intensiviert werden. Dass die von der Politik versprochenen schärferen Kontrollen gegen Krankfeierer ihre Wirksamkeit tatsächlich auch entfalten werden, wurde von den Arbeitgebern gestern vorsichtig angezweifelt.

Nicht auf sich sitzen lassen wollte Roland Kuhn, Bauunternehmer und Präsident der Handwerkerkammer, den Vorwurf der Gewerkschaften, die Arbeitgeber würden dem Absenteismus Vorschub leisten, indem sie überflüssige Arbeitskräfte in den Krankenstand schicken, um so Auftragsengpässe oder Schlechtwetterperioden abzufedern. Schwarze Schafe möge es wohl geben. Doch konkrete Fälle seien seinem Verband nicht bekannt, gab Kuhn zu verstehen.

Sozusagen als Gegenleistung für ihre Zustimmung zum Einheitssta-

tut riefen die UEL-Vertreter die Gewerkschaften auf, einen weiteren Punkt des Tripartite-Abkommens einzuhalten, als da wäre die Lohnmäßigung. Und damit meint Michel Wurth nicht nur den Privatsektor, sondern auch die Regierung und die CGFP, wenn sie über die Gehälter im öffentlichen Dienst verhandeln. „Pacta sunt servanda“, mahnte der Arbeitgeberpräsident. Es könne doch nicht sein, dass sich jeder die „Korinthen herauspickt“, über unliebsame Maßnahmen aber einfach hinwegsehe.

Und noch ein Punkt aus dem Tripartite-Abkommen bereitet den Unternehmern Sorgen. Als da wäre die langfristige finanzielle Absicherung der Altersversorgung. Um diese zu gewährleisten, sei nämlich kein Beitragssatz von 24, sondern von 40 Prozent sowie Rücklagen von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts notwendig, rechnete Wurth vor. „Wir bezahlen heute unsere Renten mit den Beiträgen der jungen Arbeitnehmer“, gab der UEL-Präsident zu bedenken, der von der „versteckten Schuld“ der sozialen Sicherungssysteme sprach. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, sei eine Reform des Rentensystems unabdingbar. Dies habe auch die Politik erkannt und eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung entsprechender Vorschläge betraut. Und das müsse so schnell wie möglich geschehen, denn noch könne die Kehrtwende ziemlich „schmerzlos“ vollzogen werden.

Ein Umdenken wünschen sich die Unternehmer auch bei der Umverteilung der Sozialleistungen, einem Bereich, in dem Luxemburg selbst vermeintliche Wohlfahrtsstaaten wie die skandinavischen Länder schlägt, mahnte Michel Wurth. Eine selektive Sozialpolitik ist eine bessere Sozialpolitik, meinte der Arbeitgeberpräsident. Den hilfsbedürftigen und sozial benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft soll der Staat sehr wohl unter die Arme greifen. Mit der Vergabe von sozialen Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip müsse aber Schluss sein. Die Summen, die auf diese Art und Weise eingespart würden, könnten sinnvoll für die Zukunft investiert werden. Über diese und andere Sozialreformen will sich die UEL dem-

nächst mit den großen Gewerkschaften des Landes unterhalten. Denn den konstruktiven Sozialdialog schreiben die Arbeitgeber groß.

Große Bedeutung schreibt Michel Wurth auch der Reform der Schul- und der beruflichen Fortbildung zu. Das Bildungssystem und

vor allem die Berufsorientierung müssten so ausgerichtet werden, dass sie den Erfordernissen des Wirtschaftsstandorts entsprechen. Denn nur so sei der Rückgang der Arbeitslosigkeit langfristig zu gewährleisten, gab der UEL-Vorsitzende zu bedenken.